

Neuer

Social-Demokrat.

Eigenthum des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaktion u. Expedition
Berlin,
Dresdenerstraße Nr. 63.

Befellungen werden auswärts bei allen
Buchhändlern, in Berlin in der Expedi-
tion, sowie bei jedem Subscribenten ent-
gegengenommen.
Inserate in der Expedition aufzugeben
werden den dreifachalten Preis, je
oder deren Raum mit 4 Egr. berechnet.
Arbeiter-Annoncen die dreifache
Zeile oder deren Raum 1 1/2 Egr.

Diese Zeitung erscheint drei Mal
wöchentlich, und zwar: Dienstag,
Donnerstag u. Sonnabends Abends.

Abonnements-Preis
für Berlin incl. Dringergelds viertel-
jährlich 1 1/2 Egr., einzelne Nummern
1 Egr.; bei den Postämtern in Preußen
20 Egr., bei den außerpreuss. Postäm-
tern in Deutschland gleichfalls 20 Egr.
(26 Kreuzer 1/2 Bähr.)

Ein Tag der Freiheit

Ist für die Arbeiter der Tag, an welchem sie das allgemeine, gleiche Stimmrecht ausüben.

Jahr aus, Jahr ein im dumpfigen Fabrikraume, im tiefen Vergessenschaft oder aber mit äußerster Muskelanstrengung das Zimmermannsbeil oder andere Geräthschaften, dem Wind und Wetter preisgegeben, handhabend — so lebt das arbeitende Volk dahin, für all' seine Mühe nur kargen Lohn, für alle seine Leiden keine Pinderung, für all' seine Unterdrückung keinen Helfer.

Und noch nicht entfernt sind jene Zeiten, wo die Arbeiter alles das ertrugen ohne Murren und ohne daß sie auch nur dem Gedanken Raum gaben, wie es möglich sei, aus dieser traurigen Lage erlöset zu werden.

Mancher Arbeiter betete seiner Zeit zum Himmel, er möge Pinderung schenken in solcher Noth, und mancher wandte sich an seinen „Arbeitsherrn“ mit der Bitte um Aenderung. Vom Himmel kam keine Antwort und die Antwort des „Arbeitsherrn“ bestand meistens in einem harten Nein! wenn dasselbe nicht noch abendrein mit anderen Nothheiten begleitet wurde.

Dumpf lag das deutsche Proletariat darnieder, an sich selbst verzweifelnd und die moderne Sklavensette als eine göttliche Einrichtung tragend.

Die Parteien der Reaction und des Geldsacks schalteten im ganzen Lande nach Belieben, ohne sich um die gequälte Masse des Volkes zu kümmern.

Wenngleich im Jahre 1848 schon einzelne Lichtfunken die alte traurige Nacht durchzuckten, so verschwanden dieselben doch wie Irrlichter in dem gewaltig aufsteigenden Nebel der Reaction.

Da, im Jahre 1863, schlug endlich der Blitz der Freiheit ein in die Massen und entzündete die Erkenntniß, welche so tief, fast ungenüht im arbeitenden Volke schlummerte. Die lichterlohen Flammen öffneten selbst die blödesten Augen, auf welche ihr Schein fiel, und man sah freudiges Erstaunen oder aber auch ein ängstliches Erschrecken allüberall.

Lassalle hatte den Blitz hineingeschleudert, Lassalle nährte das große Feuer der Erkenntniß, und immer mehr Arbeiterherzen sind im Laufe der Zeit ergriffen worden von der heiligen Gluth.

Die Forderung der deutschen Arbeiter, das allgemeine, gleiche Wahlrecht mußte gewährt werden, und von dieser Zeit an wurde der große Kulturkampf zur Erlösung der Menschheit hineingetragen in das Staatsleben.

Durch die Wissenschaft hatte Lassalle den Arbeitern ihr theoretisches Recht festgestellt, durch rastlose Agitationen haben die Arbeiter den Begriff dieses Rechtes weiter getragen, durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht aber, um die Gesetzgebung zu erlangen, sollen die Arbeiter ihr Recht in der Praxis ausüben. Das Recht der Arbeit soll nicht nur ein Begriff bleiben, sondern eine Thatfache werden.

Die Freiheit, die Gleichheit und die Brüderlichkeit der Menschen sollen durch die Gesetzgebung vom ganzen Volke proklamirt und festgesetzt werden und immer näher zu diesem Ziele führt ein jeder Wahltag das ringende Volk.

Schon der Gedanke ist für das arbeitende Volk zündend, daß der einzelne Proletarier in dem Augenblicke, wo er seinen Stimmzettel in die Wahlurne legt, politisch gleichgestellt ist mit dem Millionär, aber noch zündender ist der Gedanke, daß durch die einfache Abgabe des Stimmzettels ein Hammerschlag geschieht zur Errichtung der Brücke, welche das Proletariat zu seinem Rechte führt, ja, welche die Menschheit in die irdische Glückseligkeit hinüberleitet.

So ist auch der 10. Januar 1874 für die deutschen Arbeiter ein hoher, heiliger Tag; er soll ein Feiertag sein, der Geburtstag, der Weihnachtstag der Freiheit.

Deutsche Arbeiter! Zeigt Euch der Freiheit würdig, laßt es an Anstrengungen nicht fehlen, kämpft ohne Unterlaß gegen den großen Unverstand, der sich hier und dort noch breit macht, kämpft gegen die Lüge, die Euch umstricken soll, kämpft gegen die

Hyder der Zwietracht, welche man auf Euch hegt! So werdet Ihr den Tag der Freiheit in würdiger Feier begehen und Glück und Zufriedenheit über Euer Wirken werden Euch schon belohnt haben, ehe das große Ziel selbst erreicht ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, 8. Januar.

Herr von Bismarck scheint in der letzten Zeit sehr empfindlich geworden zu sein. Früher wurde er, da man auf seinem Gute Borsin eine Branntweinbrennerei ebenso vermutete, scherzweise „Branntweinbrenner“ genannt, ohne daß derselbe sich sonderlich darüber geärgert hätte. Jetzt aber bringt sein Leiborgan, die „Nordd. Allgem. Zeitung“ folgendes Dementi:

In der klerikalen Münchener Presse ipuit das Gerücht, auf Borsin sei eine Branntweinbrennerei errichtet worden. Wenn Branntweinbrennereien mit dem Christenthum unvereinbar sind, dann möchten wir den Münchener „Volkfreund“ ersuchen, sich zunächst an die infamblüthigen Branntweinerien in Bayern und Umgegend zu halten. Borsin ist übrigens eine der wenigen größeren Ötten, auf denen eine Branntweinbrennerei nicht besteht. Auch in Ansehung genommen ist eine solche dort keineswegs.

Wenn der Branntwein das größte Gift wäre, welches dem Volke eingetränkelet wird, so stände es überhaupt noch gut in der Welt — darüber können sich die Klerikalen und der Herr von Bismarck beruhigen. — Die Empfindlichkeit Bismarck's scheint aber deshalb so groß zu werden, weil er merkt, daß seine „Erfolge“ nicht dauerhaft und nur scheinbar sind.

Die Verfolgungen der Bischöfe im deutschen Reich nehmen kein Ende und haben trotzdem keinen Erfolg. „Ein Bischof in Banden ist dem Staate gefährlicher, wie ein Bischof in Freiheit“ — dies Wort bewahrheitet sich immer mehr. Die gegen den Erzbischof Ledochowski zu Posen zur Vertreibung einer Strafsomme von 500 Thalern von Seiten der Polizeibehörde ausgeführte Exekution ist ohne Erfolg geblieben. Es wurde nur das nothwendigste Hausgeräth vorgefunden. Der Erzbischof wird sich wohl in's Gefängniß bringen lassen. — Erfolg: 10,000 fanatische Ultramontane mehr im deutschen Reich, Dank der „liberalen“ Gesetzgebung.

Ueber eine Spaltung innerhalb der deutschen Fortschrittspartei berichtet die „Volkzeitung“:

Aus dem Bureau des Centralcomité's der Fortschrittspartei für die Reichstagswahlen geht uns das Nachfolgende zu: „Dem Compromiß, den wir auf sein Ansuchen dem „social-politischen Wahlcomité der Fortschrittspartei“ (die Gewerksleute des Dr. Hirsch) dahin angeboten, daß wir von denselben gerne Kandidaten für bestimmte Kreise nennen hören würden, und unsere öffentliche Erklärung, wir wollen dieselben unterstützen, wenn sie „die allgemeinen politischen Interessen des Volkes, wie sie die Fortschrittspartei auffasse, am tüchtigsten vertreten werden“, haben wir in zwei Fällen Folge geben können. Wir haben die Wahl des Herrn Waldow in Ruppin-Templin empfohlen, und Schulze-Delitzsch ist durch ein besonderes Schreiben für ihn eingetreten. Im Kreise Benthien (Mülhler'scher Theil) ist von den Gewerksleuten Herr Steinig aufgestellt; nachdem sich aber die dortigen Liberalen überzengt, daß die Kandidatur des Herrn Direktor Richter von Königshütte gegen die Konservativen und Ultramontanen unsicherer sei, ist Herr Steinig im Einverständnis mit uns dorthin gereist, um, wenn die Lage wirklich so sei, die Mitglieder der Gewerksvereine zu bestimmen, daß sie seine Kandidatur zu Gunsten des Herrn Richter fallen lassen möchten. Von dem Erfolge wissen wir zu Zeit noch nichts. Dagegen konnten wir nicht, wie wir angegangen sind, mit Ueberzeugung die Kandidatur des Herrn Landgraf in Altwasser empfehlen, auch wenn wir dort Verbindung gehabt hätten. In derselben Lage waren wir im Kreise Sorau mit Herrn Polke, wo unsere Freunde nur im Verein mit dem National-Liberalen eine freistimmige Wahl für möglich halten. Dennoch ist die social-politische Kandidatur dort ansrecht erhalten, die Zusammengehörigkeit mit der Fortschrittspartei also aufgehoben. Unter dessen melden die Zeitungen aus Breslau, wovon wir hier nicht unterrichtet waren, daß dort Herr Andread gegen unsere alten Abgeordneten Blegler und v. Kirchmann angetreten sei. Herr Andread ist ein sehr thätiges und hervorragendes Mitglied der Gewerksvereine, er muß also wissen, daß er dieselben gegen die Fortschrittspartei vertritt, und dadurch und durch den Fall in Sorau haben die Socialpolitiker bestätigt, daß sie mit oder ohne Wissen ihres Wahlcomité's Sonderinteressen verfolgen und kein „integrierender Theil“ der Fort-

schriftspartei sind. Das ist Jedermann unbekannt. Jeder kann sich wählen lassen, wo er Wähler findet, aber er begreift sich des Rechts der Berufung auf eine Partei, gegen welche er agitirt. Die Fortschrittspartei kann einseitig den Compromiß nicht durchführen, wenn das social-politische Comité keinen Einfluß auf seine Mitglieder und Anhänger hat oder ausübt. Für den geschäftsführenden Ausschuß des Centralwahlcomité's der Fortschrittspartei: J. Hoppe.“ Wir anseerseite bedauern den im Vorstehenden konstatariten Zwiespalt, müssen aber — was den Breslauer Fall anbetrifft — zugleich bemerken, daß unseres Wissens die Belämpfung der fortschrittlichen Kandidaten nicht auf einem Beschlusse des social-politischen Comité's beruht.

Die wiederum von der Fortschrittspartei „angeführten“ Arbeiter — werden sie noch nicht den Schlaf aus den Augen reiben! Wir haben vor ca. 4 Wochen diesen Ausgang vorausgesagt, als die „Social-Politiker“ mit der Fortschrittspartei einen Compromiß schlossen. Da die Fortschrittler merken, daß die Arbeiterfrage nur etwas mehr, als sie wünschen, in den Vordergrund gedrängt werden soll, so hört die Freundschaft sofort auf.

Auch das italienische Arbeiterblatt „Il povero“ bestätigt die traurige Lage der Pariser Arbeiter. Dasselbe schreibt: „In Paris leiden die Arbeiter Hunger; das Elend nimmt gewaltige Dimensionen an. Nach einem statistischen Bericht sind jetzt zweihunderttausend Arbeiter unbeschäftigt. Die Lage der Arbeiter wird noch immer schlimmer.“

In Spanien ist in Saragossa ein Aufstand ausgebrochen zu Gunsten der socialen Republik; Näheres ist noch nicht bekannt. In Carthagena halten sich die Socialisten mit großer Tapferkeit und es spekulirt die Regierung nur auf einen Zwiespalt, welcher unter ihnen ausbrechen soll. Sonst sind die Regierungstruppen machtlos.

* Die „Schleswiger Nachrichten“ schreiben: Die Social-Demokraten haben für die bevorstehenden Reichstagswahlen nicht nur im ganzen deutschen Reich, sondern auch in unserer Provinz eine ganz ungewöhnliche Thätigkeit entwickelt. Man sollte es nicht für möglich halten, daß eine Partei, welche den Kuhn alles Beschreibens auf ihre Fahne geschrieben hat und nichts Geringeres erstrebt, als die moderne Gesellschaft in ihrer gegenwärtigen, aus einer tausendjährigen Entwicklung hervorgegangener, auf selbsterster, verunftigster und gesündester Basis beruhenden Gestalt zu stützen, in einer Provinz Boden fassen und Anhang gewinnen kann, deren Traditionen den Plänen dieser Revolutionäre schnurstracks zuwider laufen. Leider ist es eine traurige Thatfache, daß gerade die Herzogthümer ein ergeblicher Boden für diese Sumpfgewächse sind, und es liegt wirklich die Gefahr nahe, daß einer oder der andere Kandidat der Social-Demokraten bei den Wahlen durchdringt, falls nicht von allen ordnungsliebenden und national gesinneten Wählern Alles daran gesetzt wird, um dem Feinde geschloffen zu begegnen. Nicht nur in unserer Stadt haben es die Agitatoren jener Partei zu wiederholten Malen verunacht, sich Anhänger zu verschaffen, auch die Dorfer haben sie heimgesucht und in den letzten Tagen sogar große Wahlaufrufe drucken lassen und tausendfach verbreitet. Eins können wir von den Social-Demokraten allerdings lernen, wie man es nämlich anfangen muß, eine Sache, und mag sie eine noch so verwerfliche sein, Propaganda zu machen. In unserer Provinz Organisation steht die Partei da, mit fast militärischer Disziplin und Subordination den Winken des leitenden Comité's gehorchend, und die Massen sind so von den Führern terrorisirt, daß kein Einzelner es wagt, gegen die Beschlüsse zu verstoßen, welche er erhält, und von der Wahlurne fern zu bleiben. Die Ehre, welche sie uns dadurch geben, dürfte wohl Nachahmung verdienen, um so mehr, da es gilt, die heiligsten Güter zu schützen, welche die moderne Gesellschaft besitzt.

Daß die Arbeiter Schleswig-Holsteins die heutigen, auf „solidester“, „vernünftigster“ und „gesündester“ Basis beruhenden gesellschaftlichen Zustände ändern wollen, muß freilich solchen Leuten, welche das „unsolide“, „unvernünftige“ und „ungesunde“ Wesen dieser Zustände nicht erkennen wollen, sehr unangenehm sein. Aber der sehnliche Wunsch, die „Ordnungsliebenden“ und „Nationalgesinnuten“ auch terrorisiren zu können, um die „heiligsten Güter“ zu schützen, wird wohl ein vergeblicher sein. Nur die Begeisterung für eine große Idee kann die Massen zu einer solchen strammen Organisation und Disziplin führen, welche zum Kampfe unerläßlich ist — der Egoismus der Einzelnen, ihre bevorrechtete Stellung in der Gesellschaft zu bewahren, kann wohl unter Umständen zu barbarischen Handlungen treiben (wie in Paris nach der Junischlacht) — aber nie-

... zu einer opferwilligen Hingabe für die gemeinsame Sache.

* Das Wort „Armut schändet nicht“, welches wir in unserer vorigen Nummer betreffs des Wahlgesezes betrachteten, hat noch eine häßliche Illustration gefunden. Der Münchener Magistrat hat nämlich den Familienvätern, deren Kinder aus öffentlichen Mitteln unentgeltlich Lehrmittel erhalten, das Wahlrecht zum Reichstage entzogen!

Man sucht also Alles hervor, um so viel Arbeiter, wie möglich, an der Ausübung ihres ersten staatsbürgerlichen Rechtes zu verhindern!

Jedenfalls wird dieser Beschluß zu einer Verschwerde beim Reichstage führen.

Bereins-Theil.

Flugblätter sind noch zu bekommen bei Eds. Petrisr. 16.

Wie verlautet, sollen Alle, welche nicht im Besitz einer Legitimation sind, von der Wahlurne zurückgewiesen werden; also aufgepaßt! Ein Jeder nehme etwas mit, zum Beispiel einen Steuerzettel.

Die Parteigenossen machen wir darauf aufmerksam, daß unsere Gegner, besonders die sogenannte Eisenaacher Volkspartei, trotzdem wir im Parteiorgan und auch in den Flugblättern, welche für die Kandidaten des Allg. deutsch. Arb.-Bereins ausgegeben sind, jene Partei kaum erwähnt haben, in der maßlosesten Weise den Verläumdungsschmutz auf unsere Kandidaten zu werfen suchen. So hat man z. B. in Wandsdorf, um Herrn Hennig zu empfehlen, gegen Hörig aus der berüchtigten Schweitzer-Bräuer'schen Broschüre, gegen welche sich selbst der „Volkstaat“ gewandt hat, den ganzen verlogenen Klatsch abgedruckt; gegen andere Agitatoren ist man ähnlich verfahren. — Wir wissen, daß unsere Parteigenossen sich nicht beirren lassen, und auch die anderen Arbeiter werden solche Schurkereien richtig zu würdigen wissen.

Aus Bielefeld geht uns die Nachricht zu, daß unser Parteigenosse, Klempner Kaiser, dort verhaftet wurde wegen Verhöhnung der vom Berliner Stadtgericht seiner Zeit über ihn verhängten vierwöchentlichen Gefängnisstrafe.

Geerhacht, 4. Jan. (Volksversammlung.) Heute fand hier im Lokale des Herrn Gastwirth Meyer eine Volksversammlung statt. Referent war Herr Pfeiffer. Er erläuterte das Programm der Reichstagswahl und wies nach, daß die Lage des Arbeiterstandes nur durch die Umgestaltung der Gesetze gebessert werden könne. Der Redner erklärte ferner, daß der Mittelstand oder Kleinbürger sich ebenfalls unter dem Drucke der Kapitalmacht befindet, so gut, wie jeder Arbeiter. Dann sprach noch unser Parteigenosse Herrmann über den Tag der Wahl, daß ein jeder wahlberechtigter Arbeiter am 10. Jan. auf dem Posten sein müsse, und beantragte dann, daß ein Wahlcomité gebildet werde, welches von Seiten der Versammlung angenommen wurde. Hiermit schloß die Versammlung. S. Wand, Schriftführer.

Lüneburg, 5. Jan. (Volksversammlung.) Sonntag, den 4. Jan., fand in Meier's Garten eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in der Herr Seidel erster, Herr Lobenstein zweiter Vorsitzender und Unterzeichner Schriftführer wurde. Der von den Mitgliedern des Allg. deutsch. Arbeiter-Bereins aufgestellte Reichstagskandidat Herr Seidel entwickelte das Programm der Arbeiterpartei zur größten Zufriedenheit der Anwesenden. Derselbe wies nach, daß durch die heutigen Vertreter in der Gesetzgebung nicht für das Wohl der Arbeiter zu erreichen sei; deshalb sei es Pflicht der Arbeiter, Kandidaten aus ihrer Mitte zu wählen, die die Interessen des arbeitenden Volkes voll und ganz vertreten. Der Redner endete unter stürmischem Beifall. Der Vorsitzende forderte zur Interpellation auf, aber kein Gegner meldete sich zum Wort. Darauf sprach noch Herr Kothermann aus Hamburg über das Arbeiterwahlprogramm. Dem Redner wurde ebenfalls Beifall zu Theil. Parteigenossen, obwohl wir nicht viel von uns hören lassen, sind wir doch dann, wenn es gilt, für unsere Sache einzutreten, Alle am Platze. Mit social-demokratischem Gruß G. Böttcher, Schriftführer.

Lunden, 4. Jan. (Volksversammlung.) Th. Griebel aus Kiel, Reichstagskandidat der Schleswig-Holsteinischen Landespartei, hat in einigen Orten des S. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises seine Kandidatenrede gehalten. Am 2. Jan. hatten die hiesigen Landespartei eine öffentliche Versammlung einberufen. Als nach Eröffnung der Versammlung ein gewisser Bierbrauer Peters, aus Furcht vor uns, dem Griebel, ohne an die Konstituierung des Bureaus zu gehen, das Wort erhielt, entstand in der Versammlung eine solche Entrüstung, daß dieselbe energisch und unter kaum endenwollenden Ausrufen die Wahl eines Bureaus verlangte, in welches alsdann Herr Griebel als erster, Herr Schick als zweiter Vorsitzender und Unterzeichner als Schriftführer gewählt wurden. Griebel kamte nun sein Gewäch an und sprach von den politischen Rechten im Schleswig-Holstein. Herr Geger wies ihn aber zurecht und sagte, daß wenn Schleswig-Holstein auch eine eigene Landesverfassung erhalte, für die Interessen der Arbeiter, für freibürgerliche sociale Institutionen niemals etwas von dieser Bourgeoisokratie geschehen werde. Das Volk auf der richtigen Stelle helfen, das könne und wolle Griebel und seine Clique durch sein Prinzip nicht bewirken. Herr Geger legte ihm die Frage vor, ob er das eherner ökonomische Lohngesetz anerkenne, und was es für die Abschaffung desselben zu thun gedenke. Das war dem Griebel doch zu viel, das paßte nicht in den Partikularismus hinein und deshalb suchte er sich, so gut es ging, heraus zu winden. Griebel meinte, daß das Landesinteresse weit über

das Landesinteresse eines Jeden gehen müsse. Es entstand eine große Entrüstung über diesen Partikularismus. Der Amtsrath Peterzen meinte, die reaktionäre Landespartei sei noch bei Weitem revolutionärer, wie die Arbeiterpartei, indem sie einen Theil, wie Schleswig-Holstein, vom übrigen deutschen Reich, durch die Gewinnung des Volkes, loszureißen beabsichtige. Herr Geger brachte das Landes- mit dem Landesinteresse in Verbindung und fragte Griebel, ob, wenn Arbeiter für 8 Schilling auf der Drescherdiele bei vierzehntägiger Arbeit stehen und schwitzen müssen, das Landesinteresse nicht eher, wie das Landesinteresse gehoben werden müsse. Griebel hatte natürlich von der Lohnclaverei keine Idee; er fragte die Versammlung, ob es der Fall sei, daß Arbeiter täglich für acht Schilling arbeiteten? Mit einem einstimmigen „Ja“ ward dies beantwortet. Die Silber-Gesellschaft weiß noch viel größere Thatfachen nach. Ferner fragte er, ob es wahr sei, daß Verhungerfälle vorgekommen seien? „Jawohl!“ antwortete ein Mann, „vorigen Winter ist eine Frau verhungert!“ Diese Antwort ward mit einem so fürchterlichen Hurrah begleitet, daß einem Spielbürger und Landespartei-Bourgeois unbedingt die Haare auf dem Kopfe gekrochen haben. „Nun, wenn die Noth so groß ist, so muß ich mich wirklich wundern,“ sprach Griebel, „daß für politische Zwecke so viel Geld von Seiten der Arbeiter aufgebracht wird.“ Herr Hosenlezer meinte er, bezöge 1000 Thaler, ebenfalls begehren die Agitatoren viel Geld. Herr Geger lenkte ihn heim und sagte, daß das Erfere eine ersundene Lüge sei und was das Zweite anbetraf, so gebe er mit seinen Landesparteilern gewiß nicht umsonst in die Ecken und Winkel des Landes; essen und trinken müsse Jeder, denn von Wind könne kein Mensch leben. (Großer Beifall.) Ein Bierbrauer Peters, der auch noch Dummheiten auszukramen hatte, wurde mit einem so fürchterlichen Gelächter aufgenommen, daß er sofort blamiert das Pausenpausen ergriff. Die von mir eingebrachte Resolution: „Die heutige, von der Landespartei einberufene Versammlung erklärt, nachdem die verschiedenen Redner gesprochen, sich für die Kandidatur des Herrn Georg Winter“, — wurde mit allen gegen sechs Stimmen angenommen. So verließ die von circa 1200 Personen besuchte Versammlung. Eine Stunde später fanden wir Liberale und Landesparteilern in einem Lokale des Orts hinter Wein und Brater sitzen, wobei sie, die Besiegten, sich als Sieger gebeketen, sie keulten nämlich verschiedene, die Reaktion lobhudelnde Lieber, und endlich, nachdem ein besoffener Bourgeois warnte: „Haltet Euch vor den rothen Reichsfeinden,“ brachten die entzückten Weinlaster verschiedene Loosel auf den begeisterten Reaktionsär aus. Hiermit wurde das Drama dieser lächerlichen reaktionären Landesparteilern geschlossen, nachdem wir diese Subjekte ordentlich zurechtgesetzt hatten in der Versammlung. Arbeiter, dieser Anspruchs des besoffenen Bourgeois gilt Euch; wir sehen daraus, was diese Landesparteilern für Reaktionsäre sind, da sie zur Unterdrückung fleißiger Arbeiter auffordern. Unsere Parole sei am Wahltag Herr Georg Winter und kein reaktionärer Augustenburger Teabant. Mit social-demokratischem Gruß Rudolph.

Friedrichshadt, 4. Jan. (Volksversammlung.) Am Sonntag, den 3. Januar, Abends 8 Uhr, hatten wir im Saale des Herrn P. D. Jensen eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Herr Baldaus aus Husum referirte vor der zahlreich von Wahlberechtigten aus Stadt und Land besuchten Versammlung. Es wurde von einem Parteigenossen das Programm der deutschen Arbeiter verlesen, welches mit Begeisterung aufgenommen wurde. Zum Schluß brachte die Versammlung ein dreifach donnerndes Hoch auf unsere Arbeiterkandidaten, Herrn Otto Kapell, aus. Unter dem Gesange der Marschälle wurde die Versammlung geschlossen, da der Bürgermeister die Sabbathordnung heranzog. Die Arbeiter blieben noch lange zusammen und versprachen, bei der Wahl alle zu erscheinen und nur genanntem Kandidaten ihre Stimme geben zu wollen. Eine Zellerfassung ergab die Summe von 7 Mark 4 Schll. Mit social-demokratischem Gruß F. Drees, Fischer.

Wandsbeck, 5. Jan. (Bericht.) Obgleich hier lange Zeit jeden Sonntag Volksversammlung abgehalten, ist mir die Abhaltung derselben am 3. dse. polizeilich verboten. Näheres folgt. S. Laffenzen, Mathildenstr. 14.

Riegnitz, 6. Januar. (Wahlagitiation.) In Breslau wollten wir auf einem freien Platz eine Versammlung abhalten, welche jedoch von der Polizei untersagt wurde. Eine am 30. Dezember von Internationalen, Ortsvereinen und „Theilchen“ einberufene Versammlung wurde gerade aufgestellt, als ich mich zum Worte meldete. Die „Theilchen“ waren schon barge, daß ich ihr Gewäch widerlegte; hoffentlich werden diese Durschen hier keine Versammlung wieder einberufen. Am Sonntag, den 4. d., hatten wir in Goldberg eine Versammlung. Als ich dieselbe eröffnete, fragte mich der Bürgermeister, „wer ich sei“. Auch wollte derselbe den Einberufer, Herrn Waxner aus Riegnitz, sehen. Da derselbe nun am Erscheinen verhindert war, meinte der Bürgermeister, er müsse die Versammlung „im Namen des Gesetzes“ auflösen. Solche Schwierigkeiten haben wir den Gewerksvereinen, die für den Geheimen Regierungsrath Jakob agitierten, zu verdanken. Die Besprechungen des Jakob habe ich in der Versammlung am 5. d. in Haynan mit angehört; als ich mich zum Worte meldete, wurde der Antrag von den Nationalliberalen gestellt, wir das Wort nicht zu gestatten, aber dieser Antrag wurde abgelehnt, und hatte ich somit Gelegenheit, den Jakob ordentlich zu widerlegen, welches ein stürmisches Gebrüll der Bourgeois verursachte, und die Versammlung konnte eher mit einem zoologischen Garten verglichen werden, als mit einer Versammlung vernünftiger Menschen. Mir wurde nun das Wort entzogen, da die Wahrheit nicht bei den nationalliberalen Bourgeois zu Hause ist. Arbeiter, Wähler, lange genug haben wir die Schmach ertragen, uns von der Bourgeoisie verspottet und verhöhnen zu lassen, zeigen wir ihr, daß wir Männer sind, die Muth und Ausdauer im Kampfe besitzen, und der Sieg wird unser sein. Mit social-demokratischem Gruß K. R. Reinders.

Wethen, 6. Januar. (Allgemeiner Bericht.) Wir haben im Monat Dezember viele Versammlungen abgehalten, woran sich die Maner und Arbeiter beteiligten. Unterzeichner besprach die Reichstagswahl unter begeisterten Beifall der Anwesenden. In der dritten Versammlung haben wir einstimmig den Herrn Dr. Kirchner aus Einbeck als Reichstagskandidaten aufgestellt. Auf ein desfallsiges Schreiben an ihn erhielten wir eine mit großem Beifall begrüßte Antwort. Heute, den 5. Januar, hatten wir eine gut besuchte Versammlung, worin Viele aus den umliegenden Dörfern und der kleinen Stadt erschienen waren. Herr Tri-

burg war Referent. Die national-miserablen Subjekte schnitten saure Gesichter, als die Arbeiter häufig den Redner durch Böhren unterbrachen. Auf eine Aufforderung zur Interpellation meldete sich Niemand; die Bourgeois hatten es vorgezogen, in die Kneipe zu gehen. Am Donnerstag werden wir unsere Herrn Kandidaten in unserer Mitte haben. Wir rufen allen Freunden unserer Sache zu, muthig zu wirken, zu kämpfen und die Fahne unseres großen Vorkämpfers, Ferdinand Lassalle's, hoch zu halten. Mit social-demokratischem Gruß J. F. Delfs.

Alten, 5. Jan. (Volksversammlung.) Am gestrigen Nachmittage sollte eine Wählerversammlung der liberalen und konservativen Partei im Gasthose „zum Bären“ hier selbst abgehalten werden. Beide Parteien hatten den Plan, zur Schädigung der social-demokratischen Partei, sich zur Wahl des frei-konservativen Amteraths Dieke von Warby zu vereinen. In Folge dieses erschienen auch, nach dem Vorbilde in Veruburg, die Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Bereins in noch härterer Anzahl, als beide oben erwähnten Parteien. Der Bürgermeister Blüthgen eröffnete gegen 4 Uhr die um 3 Uhr anberaumte Versammlung mit einer kurzen, unseren Gesinnungsgenossen gefälligen Anekdote und ging zur Konstituierung der Versammlung über, schlug den Stadtverordneten Th. Runge zum Präses vor, jedoch wir schlugen unseren Bevollmächtigten Fleckstein vor, welcher die Wahl annahm. Nachdem er die Tribüne bestiegen, ließ er noch einen Stellvertreter wählen, ebenfalls aus unserer Mitte; sodann schlug Herr Blüthgen als Schriftführer den Schuhmachermeister Kirchof, welcher bei der Volksversammlung diese Stelle vertrat, mit solcher Ironie vor, daß die Versammlung unruhig wurde. Nachdem wieder Alles ruhig war, sprach der Präses einen Augenblick, als ihn Herr Blüthgen unterbrach, worauf sich der Präses genöthigt sah, die Versammlung zu schließen. Es wurde von unserer Seite des Gesang der Marschälle angestimmt, bis die Polizei die Versammlung auflöste. Der Saal wurde geräumt und wir begaben uns nach dem Vereinslokal. Mit social-demokratischem Gruß Gustav Kühne.

Hamburg, 28. Dezember. (Maßregeln zur Wahl.) Wie sehr man bemüht ist, die Arbeiter möglichst von der Wahl abzuhalten, davon habe ich wieder einen neuen Beweis. Während der Weihnachtsfeiertage war ich in dem Dorfe Dötenhuden bei Blankensee; da hörte ich zu meinem nicht geringen Erstaunen, daß alle jungen Leute, die das 25. Jahr erreicht, jedoch nicht verheirathet, also in Logis oder Schlafstube sind, von der Wahl ausgeschlossen seien. Daraus begab ich mich zu dem dortigen Bauernvogt, der die Wählerliste führt, um mich nach der Ursache dieses Ausnahmegesetzes zu erkundigen, fand aber, daß der Mann eine solche Unkenntniß des Gesetzes besaß, daß er erwiderte: „Er könne so viel lesen und schreiben, daß er aus dem Reichsgesetz erkenne habe, daß nur diejenigen wahlberechtigt seien, welche 25 Jahre und „wohnhast“ seien, daß aber diejenigen, die nun Logis oder Schlafstube halten, nicht wohnhast wären.“ O sancta simplicitas! Nachher sprach ich noch mit Parteigenossen und hörte, daß dieses Ausnahmegesetz des „gelehrten“ Bauernvogts große Unzufriedenheit hervorgezogen hat. Es ist jetzt leider zu spät, diese Dummheit wieder zu berichtigen, indem die Wählerliste geschlossen ist. Durch diesen Streich wird vielen Arbeitern das Wahlrecht vorenthalten. Wie hoffen aber trotzdem, unsern Kandidaten, Herrn Georg Winter, durchzubringen, deshalb, Freunde, muthig weiter, zeigen wir dem „gelehrten“ Bauernvogt, daß wir trotz seiner Maßregel doch siegen. S. L.

Güstrow, 2. Januar. (Volksversammlung.) Am Sonntag, den 27. Dezbr., hielten wir hier eine überaus zahlreich besuchte Volksversammlung ab; Herr Flun war Referent. S. Ddebrecht, Bevollmächtigter.

Osnabrück, 29. Dezember. (Agitationsbericht.) Am 9. Dezember fand hier im Hillebrand'schen Hotel eine sehr zahlreich besuchte Volks-Versammlung statt, worin Herr Hurlmann aus Berlin, Reichstagskandidat für Osnabrück, sein social-politisches Programm entwickelte. Nach seinem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage wurde eine von Herrn Lesser eingebrachte Resolution einstimmig angenommen. Am 11. Dez. fand in Bramsche eine Volksversammlung statt, worin Herr Hurlmann ebenfalls referirte. Von da ging's nach Osnabrück; es hatte sich eine Anzahl Bourgeois eingefunden. Nachdem Unterzeichner gesprochen, referirte Herr Hurlmann zur vollkündigen Zufriedenheit des Arbeiter. Ein Rektor Gesener fragte Herrn Hurlmann, ob er noch nicht fertig wäre; die anwesenden Arbeiter aber verlangten, daß Herr Hurlmann ruhig weiter sprechen möchte. Der Rektor meinte, es gäbe nicht 93, sondern 99 Prozent arbeitendes Volk, und von diesen wären die Vertreter im Reichstage gewählt. Herr Hurlmann und ich hatten uns noch zum Wort gemeldet, aber der gute Herr schloß unter großem Unwillen der Arbeiter die Versammlung. Die Wahl wird ausfallen, was diese Versammlung für uns genügt hat. Am 13. Dez. fand eine Versammlung in Verfenbrück statt, welche gut besucht war. Von da ging's am 14. nach dem frommen Alrum. Um 5 Uhr eröffnete Unterzeichner die Versammlung; als ich aber ungefähr 5 Minuten gesprochen, versuchten die Mitglieder des katholischen Gesellenvereins, welche sich in der Nähe eines Pflasters stellten, ihre Hüften, welche zum Zweck des Scandalmachens mitgebracht waren; als ich darauf aufmerksam machte, brach diese pfäffliche Bande von Neuem los, welches Gebahren der frommen Gesellen der anwesende Pfaffe mit Wohlbehagen betrachtete. Darauf wurde ein Vorsitzender gewählt, der dem Vorsitz führen nicht mehr verstand, wie die Kuh vom Sonntag. Des Pfaffe stellte den Antrag auf 20 Minuten Redzeit; unter großem Gebrüll der pfäfflichen Bande wurde dies acceptirt, worin jeder vernünftige Mensch nicht einstimmt. Herr Hurlmann erklärte, in 20 Minuten könnte er sein Programm nicht entwickeln. Das Gebrüll der sogenannten „frommen Christen“ erhob sich von Neuem. Als wir uns in's Gastzimmer begaben, sahen wir erst, was diese Bande vor hatte; sie umzingelten uns, und wie ich merkte, daß ein Pfaffenstuch anziehend sein Messer zog und seine frommen Anhänger winkte, auf uns näher einzurücken, machte ich Freund Hurlmann aufmerksam und wir verließen das Zimmer, um uns den Augen einer aufgeregten Bande, welche von großem Borurtheil besangen war, zu entziehen. Der fromme Pfaffe ließ sich nicht mehr sehen. Bei solchen Vorgängen lassen sich die Worte des großen Nazareners: „Bergm b' ihnen, denn sie wissen nicht was sie thun,“ sehr gut in Anwendung bringen. Von da gingen wir nach Fürstena, wo wir am 16. Dezember eine Versammlung abhielten, welche gut besucht war. Es waren zwei gebungene Subjekte, welche Ruhe-

nützigen Geschäft zu einkauflich waren. Ein Mann der Wissen- schaft, welcher längere Zeit sich mit der sozialen Frage be- schäftigt, erklärte, zum Aergern unserer Gegner, sich mit unfer- ren Forderungen vollständig einverstanden und bemerkte, sich zu uns wenden, über die Aufhebungen: „Lassen Sie diese, die Tumultanten, doch laufen; gegen die Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens“. Am 18. Dezbr. fand in Engter eine gut besuchte Versammlung statt, wo Herr Gurelmann ebenfalls referierte. Einem anwesenden Pfaffen kamen unsere zahllosen Forderungen etwas paradox vor, namentlich die Verbesserung der Schulen; derselbe meinte, die Schulen wären schon gut genug, denn ein Landmann brauchte nicht so viel Bildung, wie ein Städter; er erklärte ferner, es dürfte durch- aus nicht, daß die Schulen weiter ausgebildet würden. Er wünschte die Volkserziehung. Der Wahlkampf wird hier ein heißer werden und wir werden aufeinander jeglicher aus demselben hervorgehen. Mit social-demokratischem Gruß

Franz Klute.
Schülz, 30. Dezbr. (Zur Wahlagitazion) Sonn- abend, den 27. d. s., war in Heide, dem Hauptstich der Lan- despartei, durch das Wahlcomité derselben eine Wählerver- sammlung einberufen. Freunde und Gegner der Landespar- tei waren eingeladen. Der Abend kam heran; das ganze Lokal war fast überfüllt. Um 8 Uhr eröffnete der Einberu- fer, Herr Böhmann die Versammlung und forderte nach einer kurzen Ansprache die Versammlung auf, einen Vor- sitzenden zu wählen. Das Bureau kam in unsere Hände; es wurden die Herren Bogelmann erster, Sachs zweiter Vor- sitzender, H. Off, Schriftführer. Zunächst erhielt Herr Dr. Griebel das Wort und entwickelte in kurzen Zügen das Programm seiner Partei. Hi raus erhielt Herr S. Heger aus Altona, an Stelle des Herrn S. Winter, der durch Krankheit verhindert war, zu kommen, das Wort; derselbe wies darauf hin, daß Rechtsfragen Nachfragen seien und daß wir Schleswig Holsteiner dies zur Genüge erfahren; be- zonte ferner, daß mit Anerkennung des Landesrechts noch nicht das natürliche, dem Menschen angeborene Recht, näm- lich das Recht, den vollen Ertrag seiner Arbeit zu genießen, verwirklicht sei. Herr Heger hatte kaum eine Viertelstunde gesprochen, als der Reichspriester, sich auf die dänische Sab- batarordnung stützend, die Versammlung schloß. Unser Wi- derspruch und Hinweis auf die Ungerechtigkeit der Schließung zu vergebens. Unser Sieg war dadurch nicht vollständig. In Wessellburen sollte er es werden. Dort fand am 29. in der Tonhalle, einem der größten Lokale im Ort, eine von der Landespartei einberufene Versammlung statt. Das Lokal war mit Flaggen und Entzünden geschmückt; an der Red- nerbühne prangte die stolze Inschrift „Landespartei“; das Lokal war überfüllt; die Fortschrittler, die Landespartei und wir waren vertreten. Heute sollte es sich zeigen, welche Par- tei den Sieg davontragen werde. Der Vorsitzende des Wahl- comités der Landespartei, Hofbesitzer D. Peters, eröffnete um 6 Uhr die Versammlung und wollte ohne weitere Ab- stimmung den Vorsitz behalten, aber wir machten dem Herrn seinen Standpunkt klar, und es wurde ein Bureau gewählt. Unterzeichnet wurde erster, Herr Sachs zweiter Vorsitzen- der, Herr Bogelmann Schriftführer. Es erhielt zunächst Dr. Griebel das Wort. Der Beifall war ein spärlicher. Hier- auf sprach Herr Heger und widerlegte in klarer Weise die Ausführungen des Vorredners und schloß unter rausendem Beifall. Er stellte demselben die Frage: „Ob seine Partei das ehrene ökonomische Gesetz bestreite und ob dieses durch die Anerkennung des Landesrechts beseitigt werde?“ Dann erhielt Dr. Griebel das Wort, verwickelte sich in Widersprü- chen und sagte schließlich, seine Partei sei eine politische, keine sociale. Dann sprach ein Anhänger der Fortschritt- partei, Lehrer Andressen aus Wessellburen; er betonte, daß er die Noth der Arbeiter anerkenne, glaube, daß dieselbe durch die Abschaffung beseitigt werden müsse, und erwähnte dann die bekannte Phrase von der Gefahr für das deutsche Reich durch die Römlinge, belächelte die Landespartei und forderte die Versammlung auf, den Dr. Lorenzen zu wählen. Dann erhielt Dr. Griebel wieder das Wort, der sich gegen die Aus- führungen des Lehrers Andressen wandte und am Schluß noch einige Ausfälle gegen Heger machte. Herr Heger wi- derlegte durch Passalle's Broschüre: „Fest, Feste und Frank- reicher Abgeordnetentag“, Beide, den Fortschrittler und den Partikularisten. Am Schluß führte ein Anhänger der Lan- despartei, Peters aus Heide, die Nr. 126 des „Volksthaat“ in's Feuer. Eine darin enthaltene Noth sollte unsern Kan- didaten, Herrn Winter, gänzlich vernichten, erzählte aber das Entgegengesetzte. Jene Noth besagt, daß Herr Winter in einem Aufsatz, worin er schreibt: „Laßt Euch nicht betren- nen von den wenigen Anhängern der Eisenacher, welche die Wahl des Dr. Griebel betreiben“ gelogen habe. Dieser Herr mußte aber, nachdem Herr Heger ihm die Sache klar gelegt, einräumen, daß Herr Winter die Wahrheit gesagt. Da alle Gegner befragt waren, forderte Herr Heger die Versammlung auf und bewies, daß es Pflicht eines jeden für Freiheit und Volkerecht sterbenden Wählers sei, nur dem Manne seine Stimme zu geben, der beweisen, daß er die heutigen trauri- gen Zustände erkennt und einräumt, daß diese nur auf dem von Passalle vorgeschlagenen Wege beseitigt werden; der ferner bewies, daß er seine ganze Kraft daran setzt, dies zu ver- wirklichen. Hierauf wurde mit überwiegender Majorität fol- genden: „Die heutige, von der Landespartei einberufene Wählerversammlung erklärt, nachdem sie sämtliche Redner gehört, sich mit den Ausführungen des Herrn Heger aus Altona einverstanden und beschließt, mit aller Kraft für den Kandidaten der Arbeiterpartei, Herrn Georg Winter, wirken zu wollen. Eine Telesammlung zum Wahlfonds des Agri- kult. Arb. Vereins ergab die Summe von 5 Thlr. 2 Sgr. und jezt, Parteilose in der Marsch und Gest, that überall seine Schuldigkeit, bewies, daß noch das Blut der- selben Diktatorischen in Euren Adern rollt, damit am Tage der Wahl unser Kandidat siegreich aus der Urne hervorgeht. Mit social-demokratischem Gruß
Peter Lömer.

Bernau, 6. Jan. (Die Juwanität der Besit- zen ist groß.) In der Wählerversammlung vom 6. d. s. vor es den Wählern nicht erlaubt, ihre Einwendungen dem- nach zu machen, wie es wohl notwendig bei der Reichs- agwahlverhandlung ist. Wer sich zum Wort meldete, mußte in Wähler des Herrn Bürgermeisters sein. Als sich Herr Geyermann zur Geschäftsordnung das Wort erbat, erhielt er die Antwort des Bürgermeisters: „Sie sind nicht eckig freundlich; verlassen Sie das Lokal.“ und schrumm- atte man Herrmann beim Krigen, ein Polkist und ein Bred'arm hatten ihn, und er mußte heraus. So nur fort, von werden wir das klar werden, wie man sich als Arbei- ter den heutigen Tagesfragen zu verhalten hat. Herr

St. Paul, Korbettkapitän, gönnen wir dies Ber- gnügen gerne. Koch ein paar solcher Siege und Jedermann weiß, welcher Unterschied zwischen einem Offizier und einem Arbeiterkandidaten zu finden ist. Nun, Wähler des Nieder-Barnimer Kreises, entscheidet. Das Comité.

Sprechsaal.

Die letzte Noth des „Neuen Social-Demokrat“ über den Fruch, dem die Tranden zu saner sind, hat in den höheren Kreisen der hiesigen Fortschrittspartei unbeschreibliche Wuth erregt. Die „Westfälische Zeitung“ mußte in's Feuer, um ihre nicht mehr so ganz gläubigen Leser durch folgende Er- klärung zu beruhigen: „Herr Dr. Becker nähme ein Mandat aus dem Grunde nicht gerne an, weil seine oberbürgermei- sterlichen Amtsgeschäfte ihn voll und ganz in Anspruch näh- men; über einen Erakman würde man jedoch erst in den Weihnachtstagen schlüssig werden; man“, das heißt, eines jener fortschrittlichen Comité's, welche sich durch ihre Anony- mität einen Namen gemacht haben, Biedermannen, welche beim traulichen Scheine einer Kuepenlampe sich selbst wäh- len, um ihre Mitbürger mit einem Reichstagschristuskindchen zu beglücken. Denn kein Dortmund weiß von einer öffent- lichen Versammlung, aus welcher ein liberales Reichstags- wahlcomité hervorgegangen wäre, oder sollte die bornierte An- maßung der Fortschrittler so weit gegangen sein, ein Comité für die Provinzialwahlen des Landtages in ein Reichstagswahl- comité umzuwandeln? Die jene Erklärung der „Westfäl- schen Zeitung“ mit ihrem kindlichen Verstandespielchen sehr we- nige Wähler beirriebigte, wird uns Jedem glauben; zur Ent- schuldigung des unglücklichen Scribenten jedoch, welcher nicht anders schreiben durfte, wollen wir folgende Aufklärung des Sachverhalts bringen, für deren Wahrheit wir mit jedem Worte einstehen. An dem Stammtische einer Dortmunder Wirthschaft wurde vor einiger Zeit von hiesigen Fortschritt- lern ein Gespräch über die Reichstagswahlen geführt, wobei immer betont wurde: „Auf keinen Fall dürfen wir zugeben, daß Herr Dr. Becker seine Kandidatur wieder aufnimmt.“ Ein bekannter Agitator der Fortschrittspartei, Fabrikant und alles Mögliche, äußerte sich sogar folgendermaßen: „Lange Jahre habe ich für Herrn Dr. Becker gewählt, aber diesmal denn doch nicht! Diese Aeußerung, welche beweist, daß man die Kandidatur Becket's nicht allein aus Opportunitätsgrün- den sollen lassen wollte, kam aus dem Munde eines Mannes, welcher früher unermüdlich, noch voller Ueberzeugung, für Dr. Becker Lagen brach, und dessen Energie allein derselbe seinen Oberbürgermeister zu verdanken hat! Dauchte der Mann an das durch die geprengte Volkskammer entstandene tauendfache Elend, an die Entwürdigung der ehelichen Welt? Daß dieser Mann nicht der einzige irre gewordene Freund des „rothen“ Becket war, beweist ferner ein von vielen hiesigen Fortschrittler an den Gründer Herrn Louis Berger in Witten (zur Zeit in Berlin) gerichteter Brief, in welchem derselbe von der Sachlage unterrichtet und zugleich um An- nahme der für Becker unmöglichen Kandidatur ersucht wurde. Louis Berger schen jedoch nicht wagen zu dürfen, seinem frü- heren Herrn und Meister so offen vor den Kopf zu stoßen; er antwortete ablehnend und schloß mit den Worten: „Das Beste, meine Herren, ist, Sie wählen Herrn Dr. Becker wie- der!“ Um der „Westfälischen Zeitung“ den Versuch eines Dementis zu erproben, wollen wir hier bemerken, daß uns das Schreiben des Herrn Berger vorgelesen wurde. Man wird unwillkürlich von Mitleid ergriffen, drückt man an den armen Oberbürgermeister, aus dessen Kandidatur sogar trotz dieser Empfehlung nicht werden wollte, trotz der kampfhaftesten Anstrengungen, die einige Satelliten in der Presse und im Geheimen noch in den letzten Augenblicken unternahmen. Als der Gründer Louis Berger sah, daß in Dortmund Alles aus dem fortschrittlichen Leime ging, sahste er ein menschliches Mitleid und nahm die Kandidatur für den Wahlkreis Dort- mund an, um sich als „Erfahrungskindchen“ den überaussten Wählern von einer Handvoll Leuten präferieren zu lassen. Um Herrn Berger jedoch die Illusion zu nehmen, in Dort- mund auch gewählt zu werden, wollen wir ihn an die be- rühmte Maßregelung der 30 Dreher auf der Berger'schen Fabrik zu Witten erinnern, welche vor ungefähr fünf Jahren die Arbeiterkreise der rothen Erde mit namenloser Wuth er- füllte. Sämtliche 30 Dreher, welche das todbringende Verbrechen begangen hatten, den fortschrittlichen Landtagsab- geordneten Herrn Berger in Witten um eine Lohnerhöhung von wenigen Groschen zu bitten, wurden mit Weib und Kind an die Last gesetzt; dafür, daß die Arbeiter auf keiner ande- ren Fabrik Arbeit fanden, sorgte man mit den bekannten Fabrikantenmitteln. Und dieser Mann, Arbeiter des Dort- munder Wahlkreises, wagt es, sich Euch als Kandidaten für den Reichstag anzudrängen; dieser Fabrikant, welcher vor einigen Monaten seine Fabrik mit Mann und Maus für schnöden Gewinn an eine Grubenreligiose veräußert, soll Euer Reichstagsabgeordneter werden? Arbeitendes Volk, in Deinen Händen liegt die Entscheidung! Erkenne Deine Noth und stürze zur Wahlurne mit dem Feldgeschrei: Der Kan- didat aller Leute, welche keinen „Gründer“ wählen wollen, heißt: E. B. Lölke aus Iserlohn.

Das verfloßene Jahr.

Die dänische Zeitschrift „Socialisten“ bringt folgenden interessanten Rückblick auf die Arbeiterbewegung in Dänemark: Als nach Beendigung des Krimkrieges das mächtige russische Reich geschwächt und gedemüthigt zu den Füßen der westlichen Mächte lag und sich Friedensbedingungen vorschrei- ben lassen mußte, welche seine Macht einschränkten, da hieß es überall in Europa: „Nun ist der russische Kolos zerbro- chen!“ Dieser Kolos hatte auch wirklich einen tödtlichen Stoß bekommen, welcher ihn für viele Jahre an seinem frü- heren mächtigen Auftreten verhinderte, aber dennoch war er nicht zerbrochen, und die Begebenheiten der Neuzeit haben am besten dargethan, wie wenig die Niederlage bei Sebastopol die Macht Rußlands untergraben hatte. Die russischen Staats- männer haben von der erlittenen Niederlage gelernt, worin ihre Schwäche bestand; sie bogen sich unter dem Schläge, aber sie verstanden die Gründe der erlittenen Niederlage zu begreifen, und als man den Fürsten Gortschakoff über die künftige Stellung Rußlands in den großen internationalen Angelegenheiten fragte, antwortete er nur: „Rußland ging einen Schritt zurück, um besser vorwärts springen zu können.“ Wenn man diese Worte auf den Gang der Arbeiterfrage hier im Lande während des letzten Jahres anwendet, wird man finden, daß sie ganz genau auf uns angewendet werden können. Die Arbeiterfrage hier im Lande hatte sich etwas zu weit vorgezogen und einen Schritt gethan, welcher den

zu verwickeln, so daß nicht nur die Führer, sondern auch die Sache lahm gelegt wurde. Aber selbst durch Banden und Zwang, selbst durch Beschränkungen und Hindernisse jeder Art kann eine gute Sache an Kraft gewinnen, und das ist geschehen mit der Arbeiterfrage im letzten Jahre. Dieselbe war verwickelt in alle Nege, welche juristische Spitzfindigkeiten und Beamtenwillkür zu schaffen vermögen. Die Bewegung schien daher ansehnend still zu stehen, aber in Wirklich- keit ist sie in Ruhe und Stille fast gewachsen und deshalb sagen wir, indem wir die Worte des russischen Staatsmannes anwenden: „Die Arbeiterfrage ist einen Schritt zurückgegangen, um so viel stärker vorzuspringen.“

Die Geschichte der Arbeiterbewegung im verfloßenen Jahre kann noch nicht beschrieben werden, denn ein großer Theil derselben besteht in Manövern, welche im Vorhergehenden vor- gegangen sind, so daß nicht geizt sein kann, die Karten offen auf den Tisch zu legen, ohne daß das Spiel geschlossen ist. Es ist hinlänglich, wenn man im Allgemeinen sagt, daß von den Arbeitern und ihren Führern ein beständiger Kampf mit der Partei geführt ist, die jetzt hier im Lande am Ruder sitzt, und daß dieselben gestritten und gelitten haben, um die Arbeiterfrage vorwärts zu führen. Die Arbeiter haben, im Ganzen genommen, Treue und Ausdauer im Kampfe bewiesen. Die Verwaltungs- und Gerichtsbeamten haben sich trennlich die Hände gereicht, um jede freie Aeußerung und Bewegung nieder zu halten. Eine administrative Willkürlichkeit folgte der anderen, ein hartes Urtheil traf nach dem andern die Arbeiter und ihre Vorführer; aber gerade diese Vorfälle haben die Einigkeit unter den Arbeitern gestärkt und ihnen gezeigt, wie nothwendig es sei, sich gegen- seitig beizustehen gegen so mächtige Feinde. Das ist aber das Wichtigste bei der Arbeiterbewegung des letzten Jahres, daß, während der eine Theil, die Arbeiter, mit Ruhe, Ord- nung und Würde aufgetreten, unsere Gegner alle Mittel anwandten, deren rücksichtslose Anwendung von der admini- strativen Behörde oder durch eine spitzfindige Deutung einzel- ner Gesetzesparagrapheu zugelassen wurde, um den Ar- beitern auf den Leib zu rücken. Unsere neuen Fachvereine und unsere Versammlungen auf dem Nordsee bei Kopenhagen lieferten einen schlagenden Beweis von dem Ernste und der Selbstbeherrschung, welche die Bewegung bezeichnet, aber die Beweise von Raab und Selbstüberwindung konnten die Be- hörden nicht abhalten, alle Versuche in Scene zu setzen, welche sich nur eine Partei bedient, die das G. S. zum Schwim der Gewalt benutzt. Wir bedanken uns daher nicht, zu sagen, daß in dem verfloßenen Jahre Raab und Besonnenheit die Anzeichenungen der Arbeiter waren, während Rücksichtslosigkeit und Haß das Auftreten der Behörden gegen die Arbeiter gekennzeichnet hat.

Als jetzt ist es noch nicht gescheit, solche Männer in das Folleting zu wählen, die den Arbeitern beizustehen. Während der letzten Reichstagsversammlung machte die Linke im Folleting einen wohlgemeinten Versuch, verschiedene Behörden, welche sich Uebergriffe gegen die Kopenhagener Arbeiter erlaubt hatten, als: Einschränkung der Versammlungsfreiheit und Anderes, zu bestrafen; aber die Linke zeigte sich zu ohn- mächtig, dieses durchzuführen. Wenn etwas Größliches und Dauerhaftes für die Arbeiter geschehen soll, so ist die Ab- schaffung der bestehenden Beschränkungen im Wahlrecht noth- wendig.

Das Obertribunalurtheil über die drei Führer Pio, Briz und Gelef ist uns noch in frischer Erinnerung. Der jetzige Justizminister Klein hatte in einer öffentlichen Sitzung gesagt, daß, wenn er sie nicht begnadigte, so geschehe dies aus dem Grunde, weil er fürchte, sie würden die Arbeiter verführen und verderben. Wir haben bereits früher auf das Geruchliche einer solchen Aeußerung hingewiesen, und wir haben auch nichts anderes von einer Regierung erwartet, die eine solche Aufschauung von Pio und seinen zwei Parteigenossen hat.

* (Arbeiterunglück.) Die Berliner Zeitungen bringen folgenden Polizeibericht: „In der Vorstg'schen Maschinenbau- anstalt, Chaynsstr. 1, griech am 30. v. M. der Schlosser- geselle Koeder in Folge eigener Unvorsichtigkeit mit dem linken Arm in eine im Gange befindliche Hobelmaschine und wurde ihm der Arm vollständig zermalmt.“ Also wieder eigene Unvorsichtigkeit! Entschädigung braucht Herr Vorstg also nicht zu zahlen.

Zur Wahl.

Die Lokale, wo die Comitémitglieder ihren Sitz haben, sind folgende:

- Hauptstz:** Kommandantenstr. 77-79, (Grotwell's oberer Saal.) Der Vorstand. (Eds.)
I. Wahlkreis: Niederwallstr. 37. (Niederlage.)
Wismeer.
II. Wahlkreis: Marktgrafenstr. 6. Sennwiz.
1) Unterabtheilung: Marktgrafenstr. 6. (Goris.)
2) Ullermann, Wasserthorstr. 69.
3) Wicenede, Barutherstr. 1.
4) Wänher, Wägowstr. 17.
III. Wahlkreis: Fürstestr. 18. Kohlstädt.
1) Unterabtheilung: Risse, Köppnickstr. 69, Keller.
2) Berckmer, Rittersstr. 21.
3) E. Dastig, Drontenplak, im „Lürkischen Zeit“.
IV. Wahlkreis: Markstr. 28. Becker.
1) Unterabtheilung: Hahn, Krouststr. 51a.
2) Steinlopf, Straußbergerstr. 12.
3) Höppner, Mantelstr. 90.
4) Bräul, Langestr. 70 bei Weiß.
5) Bedelindt, Schillingstr. 1 bei George.
6) Bräner, Wähingsstr. 15.
V. Wahlkreis: Rosenthalerstr. 56. Wittstod.
1) Unterabtheilung: Sievert, Auguststr. 24.
VI. Wahlkreis: Zuvalidenstr. 82. Kappel.
1) Unterabtheilung: A. Korn, Wollandstr. 12, Keller.
2) Nemeier, Brunnensstr. 38a.
3) Wiegand, Thorsstr. 12, Tunnel.
4) Reihner, Invalidenstr. 82.
Für Moabit.
5) Neumann, Kirchstr. 5.
Für Gesundbrunnen.
6) Böttcher, Prinzenallee 14, 4. Stug.

Sämtliche Hülfswahlmänner müssen, wenn eine richtige Regelung stattfinden s. sich am

